

NIEDERSCHRIFT

über die 5. Sitzung des Gemeinderates von Ennsdorf am *MONTAG*, den *29. Februar 2016*,
im Sitzungssaal der Gemeinde Ennsdorf.

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.10 Uhr

Die Einladung erfolgte am 23. Februar 2016 durch Einzelladung per E-Mail.

Anwesend: Bürgermeister Buchberger Alfred
Geschf. GR Primetshofer Monika
Geschf. GR Buchberger Sieglinde
Geschf. GR Lachmayr Daniel
GR Ginner Andreas
GR Wallner Birgit
GR Mühlbachler Paul
GR Halla Markus
GR Huber Martin
GR Auer Sabine
GR Widhalm Raimund
GR Bugram Peter
Geschf. GR Ing. Wahl Thomas, MBA MPA
GR Wieder Ulrike
GR Ing. Hofer Günther
GR Weprek Alexander
GR Riedl DI Ludwig

Abwesend: Vizebürgermeister Forstenlechner Walter (entschuldigt)
GR Auer Reinhold (entschuldigt)
GR Aigner Angela (entschuldigt)
GR Maringer Markus(entschuldigt)

TAGESORDNUNG:

- Pkt. 1): Genehmigung der Niederschrift über die 4. Sitzung des Gemeinderates
- Pkt. 2): Bericht über die Prüfung der Gemeindegebarung durch den Prüfungsausschuss
- Pkt. 3): Beratung und Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss 2015
- Pkt. 4): Beratung und Beschlussfassung über die Kostentragung für die Errichtung der Aufschließungsstraße in der Industriezeile Süd
- Pkt. 5): Beratung und Beschlussfassung über die Annahme des Förderungsvertrages vom 1.12.2015, Antragsnummer B501520, für die Wasserversorgungsanlage BA 07
- Pkt. 6): Beratung und Beschlussfassung über die vorbehaltlose Annahme der Zusicherung des NÖ Wasserwirtschaftsfonds vom 11.02.2016 für die WVA Ennsdorf, BA 07

- Pkt. 7): Beratung und Beschlussfassung über eine Kostenbeteiligung bei der Erweiterung der Rot-Kreuz-Bezirksstelle Enns
- Pkt. 8): Beratung und Beschlussfassung über eine Verordnung für einen Teil-Bebauungsplan für die Industriezeile West
- Pkt. 9): Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss eines Baurechtsvertrages mit der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft „Die Siedlung“ Amstetten für die Parzelle 1605 zur Schaffung von PKW-Abstellflächen
- Pkt. 10): Beratung und Beschlussfassung über die Teilnahme an der Grobplanung und Errichtung eines Glasfasernetzes im Gemeindegebiet
- Pkt. 11): Beratung und Beschlussfassung über die Bereitstellung von GWR-Daten zur Erstellung einer FTTB/H Grobplanung
- Pkt. 12): Bericht über ein geplantes interkommunales Betriebsansiedlungsprojekt in St. Valentin
- Pkt. 13): Bericht über die geplante Errichtung eines Waldkindergartens in Ennsdorf

In nicht öffentlicher Sitzung:

- Pkt. 14): Personalangelegenheiten
- Pkt. 15): Beratung und Beschlussfassung über die Verleihung von Ehrenzeichen

Bürgermeister Alfred Buchberger eröffnete um 19.30 Uhr die 5. Sitzung des Gemeinderates von Ennsdorf, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Pkt.1: Bürgermeister Alfred Buchberger erklärte, dass das Protokoll der 4. Sitzung vom 03.12.2015 den Protokolllesern und dem gesamten Gemeinderat zugegangen ist.

Das Protokoll wurde von den Protokolllesern zur Kenntnis genommen und gefertigt.

Zu Pkt.2: Bürgermeister Alfred Buchberger informierte, dass eine angesagte **Prüfung der Gemeindegebarung** am 23. Februar 2016 um 17.15 Uhr durchgeführt wurde. Prüfungsausschussvorsitzende GR Angela Aigner, GR Paul Mühlbacher und GR Birgit Wallner nahmen an der Sitzung teil, entschuldigt waren GR Andreas Ginner und GR Markus Halla. Die Tagesordnung bestand aus Prüfung der Gemeindegebarung, Prüfung des Rechnungsabschlusses 2015 samt Anlagen und Allfälliges. Dabei wurden die Kassenbestände, Bargeld in der Höhe von € 235,23 und Konten der Sparkasse € 366.602,04 und der Volksbank € 66.022,67 für in Ordnung befunden. Betreffend dem Rechnungsabschlusses 2015 erörterte Bürgermeister Alfred Buchberger die Eckdaten und erklärte, dass die Ausgaben 2015 (OH)

€ 5.378.287,01 und die Einnahmen 2015 (OH) € 5.566.456,86 betragen. Der Soll-Überschuss betrug im Jahr 2015 € 188.169,86. Die Zuführungen an den AOH betragen € 717.978,22. Die Personalaufwendungen sind von € 675.355,22 auf 680.056,28 gestiegen. Der Gemeindefschuldenstand hat sich von € 4.411.755,44 auf € 4.215.785,75 verringert. Die Gemeinde Ennsdorf verfügt per 31.12.2014 über ein Vermögen von insgesamt € 3.484.966,68 (lt. Vermögensverzeichnis – inkl. Berücksichtigung der Abschreibung). Unter Punkt 3 gab es keine Wortmeldungen. **Der Bericht des Prüfungsausschusses wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Zu Pkt.3: Der **Rechnungsabschluss 2015** lag in der Zeit vom 13.2.2016 bis 29.2.2016 zur öffentlichen Einsicht auf, es wurden keine Stellungnahmen abgegeben. Bürgermeister Alfred Buchberger legte dar, dass die wesentlichsten Daten bezüglich Rechnungsabschluss bereits im Bericht des Prüfungsausschusses erörtert wurden. Eine übersichtliche Zusammenfassung wurde im Vorfeld an die Fraktionen ausgehändigt. Es konnte trotz der Zuführungen in der Höhe von € 717.978,22 ein Sollüberschuss in der Höhe von € 188.169,85 erwirtschaftet werden. Der Wasser- und Kanalhaushalt konnte positiv gestaltet werden. Zusammenfassend ist der Rechnungsabschluss erfreulich und es sind keine Zahlungen offen. **Nachdem es keine Anfragen bzw. Wortmeldungen gab, wurde über Antrag von Bürgermeister Alfred Buchberger der Rechnungsabschluss 2015 einstimmig beschlossen.**

Zu Pkt.4: Bürgermeister Alfred Buchberger erläuterte, dass der Linksabbieger auf der B123 in die Wirtschaftszeilezeile Süd (bei der JET Tankstelle) bereits 2009 errichtet wurde, da weiterführend ein Projekt in das Betriebsgebiet Hödlmayr geplant war. Für das gesamte Erschließungsprojekt war eine Aufteilung der Errichtungskosten zwischen Gemeinde, Hödlmayr und Ecoplus geplant. Nachdem die Realisierung nicht absehbar ist und der erste Teil bereits 2009 durch die Firma Held & Francke errichtet worden ist, ist die Rechnung seit damals offen. Die Kosten belaufen sich auf netto € 82.382,06 und wurden von der Firma TBV Niedermayr geprüft. Bürgermeister Alfred Buchberger brachte den betroffenen Bereich mittels Plan näher und erklärte, dass die Fläche der Familie Wahl bereits in das öffentliche Gut übergeben wurde. Die grundbücherliche Durchführung ist jedoch noch ausständig, da der Grenzverlauf im vorderen Bereich seit 2010 nicht definitiv entschieden ist. Ein Grenzverhandlungsprotokoll vom Land liegt bereits am Gemeindeamt auf. Da

die Fläche asphaltiert wurde und die Gemeinde Ennsdorf betrifft, soll die Angelegenheit abgeschlossen werden und ins öffentliche Gut übergehen. Die Rechnung der Firma Held & Francke wurde daher bereits beglichen. Sollte die Errichtung des Projektes in Zukunft verwirklicht werden, wird über die einmalig geplante finanzielle Beteiligung noch einmal diskutiert. Für den Abschluss und die grundbücherliche Übertragung ist ein Gemeinderatsbeschluss notwendig. GR DI Ludwig Riedl erkundigte sich, ob der ehemals öffentliche Weg entfernt wird. Gf. GR Ing. Thomas Wahl meinte, dass dies vorgesehen ist. **Bürgermeister Alfred Buchberger stellte den Antrag auf Zustimmung zur Kostentragung für die Errichtung der Aufschließungsstraße in der Wirtschaftszeile Süd in der Höhe von netto € 82.382,06. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Zu Pkt.5: Bürgermeister Alfred Buchberger legte dar, dass für das Vorhaben Wasserversorgungsanlage BA 07 (Erlenweg und Hopfenstraße) eine Förderung in der Höhe von € 10.000,- in Form eines 15%igen Investitionszuschusses vom Bund zugesichert wurde. **Bürgermeister Alfred Buchberger stellte den Antrag auf Zustimmung zur Annahme des Förderungsvertrages vom 1.12.2015 (Antragsnummer B501520) in der Höhe von € 10.000,- in Form eines 15%igen Investitionszuschuss für die Wasserversorgungsanlage BA 07 (Erlenweg und Hopfenstraße). Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Zu Pkt.6: Bürgermeister Alfred Buchberger legte dar, dass für das Vorhaben NÖ Wasserversorgungsanlage BA 07 (Erlenweg und Hopfenstraße) eine 5%ige Förderung in der Höhe von € 3.000,- in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses vom NÖ Wasserwirtschaftsfonds zugesichert wurde. **Bürgermeister Alfred Buchberger stellte den Antrag auf Zustimmung zur Annahme der Förderung des NÖ Wasserwirtschaftsfonds vom 11.02.2016 in der Höhe von € 3.000,- in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses für das Projekt Wasserversorgungsanlage BA 07 (Erlenweg und Hopfenstraße). Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Zu Pkt.7: Bürgermeister Alfred Buchberger erläuterte, dass die Stadtgemeinde Enns betreffend **Kostenbeteiligung bei der Erweiterung der Rot-Kreuz-Bezirksstelle Enns** an die Gemeinde Ennsdorf herangetreten ist. Bei einem Termin Ende November 2015 stellten Bürgermeister Franz Stefan Karlinger und Stadtamtsdirektor Mag. Gerhard Gstöttenbauer das Projekt mit einem Plan vor. Das Vorhaben ist notwendig, weil das Ennsener Krankenhaus nicht mehr existiert und die Fahrten in

ein anderes Krankenhaus dadurch länger geworden sind, weswegen auch ein zusätzliches Fahrzeug notwendig ist. Es ist ein Um- und Zubau inkl. Garage geplant und die Investitionskosten belaufen sich auf € 500.000,-, wobei die Hälfte der Kosten durch Unterstützungen der Gemeinden Enns, Kronstorf, Asten, Hargelsberg, Kronstorf und Ennsdorf finanziert werden soll. Für Ennsdorf wurde nur 50% der Bevölkerung gerechnet, da Ennsdorf auch das Rote Kreuz St. Valentin unterstützen muss. Die Beteiligung liegt dadurch bei nur 6,72%, was einen Betrag von € 16.807,80 ergibt. **Da es keine Wortmeldungen gab stellte Bürgermeister Alfred Buchberger den Antrag auf Zustimmung zur Übernahme von 6,72 % der Investitionskosten (€ 16.807,80) für die Erweiterung der Rot-Kreuz-Bezirksstelle Enns. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Zu Pkt.8: Bürgermeister Alfred Buchberger referierte über das Vorhaben, eine Verordnung für einen **Teil-Bebauungsplan der Wirtschaftszeile West** zu erstellen. Es handelt sich um den Bereich hinter der Firma Rockster Recycler. Für das Gebiet besteht bereits ein Linksabbieger. Die Firma Saexinger möchte sich auf der privaten Fläche hinter der Firma Rockster Recycler ansiedeln und ein Gefahrgutlager errichten. Ing. Karl Lager ist der überwiegende Grundeigentümer und es finden bereits seit längerer Zeit Gespräche statt. Bürgermeister Alfred Buchberger legte dar, dass er die Firma Saexinger in Wien bereits besichtigte und diese Logistikfirma im Grunde der Firma Beiselen ähnlich ist. Es soll ein Hochregallager entstehen, wofür die entsprechenden Genehmigungen im Bau- und Gewerbeverfahren zu erlangen sein werden. Da die geplante Gebäudehöhe knapp über 12 m betragen wird, ist die Verordnung eines Teilbebauungsplanes für die Bauklasse 4 erforderlich. Der Bereich hinter der Firma Rockster Recycler wird auf zwei Teilflächen aufgeteilt. Die Firma Saexinger wird sich nur im vorderen Teil ansiedeln und für die hintere Teilfläche interessiert sich die Firma elcum, ein Industrieelektroniker aus Leonding. Eine erhöhte Bauklasse würde sich natürlich auch positiv bei der Aufschließungsabgabe und bei Kanal- und Wasseranschlussgebühren auswirken. In dieser Gemeinderatssitzung soll lediglich ein Grundsatzbeschluss erfolgen. Der endgültige Beschluss kann erst nach durchgeführter öffentlicher Auflage des Verordnungsentwurfes erfolgen, auf welche allfällige Stellungnahmen abgegeben werden können. Es wurde auch mit Herrn Bezirkshauptmann-Stellvertreter Mag. Leopold Schalhas über die Firma Saexinger gesprochen, welcher mitteilte, dass bereits beim Bausprechttag ein guter Eindruck hinterlassen wurde. Derzeit gibt es

noch keine Einreichunterlagen, da die Firma Saexinger erst nach positiver Rückmeldung des Gemeinderates in die Planungsphase übergeht. GR Paul Mühlbacher erkundigte sich, ob eine Bebauung nach Beschlussfassung grundsätzlich bis 14m möglich wäre, was Bürgermeister Alfred Buchberger bejahte. Er betonte jedoch, dass es sich um eine seriöse Firma handelt und davon auszugehen ist, dass es bei den 12,08m bleiben wird. Laut Herrn Dr. Schedlmayr wird ein Teilbebauungsplan nur auf eine Bauklasse und nicht auf eine konkrete Gebäudehöhe fixiert. **Bürgermeister Alfred Buchberger stellte den Antrag auf grundsätzliche Zustimmung zur Erstellung einer Verordnung für einen Teil-Bebauungsplan für die Wirtschaftszeile West. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Zu Pkt.9: Bürgermeister Alfred Buchberger legte dar, dass schon mehrmals besprochen wurde, auf dem **Grundstück 1605** in der **Sperlinggasse** zusätzlichen **Parkraum für Kfz** zu schaffen. Erfreulicherweise möchte die Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft „Die Siedlung“ Amstetten das Projekt verwirklichen und mittels **Baurechtsvertrag** auf der Fläche Parkplätze und Carports errichten. Das Grundstück 1605 wurde der Gemeinde Ennsdorf beim Ausbau der Hochleistungsstrecke übertragen. Die Fläche wird derzeit als Grünschnittlagerplatz verwendet. GR Birgit Wallner regte im Vorfeld mehrmals an, dass zu wenige Parkplätze für die neue Wohnhausanlage in der Eulenstraße vorgesehen wurden. Auf der Fläche ist auch eine öffentliche Müllsammelstelle geplant, welche auf Gemeindegeld errichtet werden soll. Für die übrige Fläche soll der Baurechtsvertrag abgeschlossen werden. Eine derartige Abwicklung bringt der Gemeinde Ennsdorf eine große Kostenersparnis und für die Bürger ist es ein wichtiges Projekt. Die Vermietung der Carports erfolgt direkt über „Die Siedlung“ und betrifft die Gemeinde nicht. Derzeit liegt noch kein Entwurf für den Baurechtsvertrag am Gemeindeamt auf, da zuvor ein Grundsatzbeschluss des Gemeinderates erfolgen muss. Der genannte Entwurf des Baurechtsvertrages wird in der nächsten Sitzung genauer analysiert. GR Alexander Weprek erkundigte sich, ob bei dem Baurechtsvertrag auch das Vermietungsrecht für die Genossenschaft enthalten ist. Bürgermeister Alfred Buchberger bejahte dies und fügte hinzu, dass „Die Siedlung“ dem Baurechtsvertrag Kosten gegenüberstellen muss, da ein Rückfluss notwendig ist. Das Risiko für die Vermietung liegt jedoch nur bei „Die Siedlung“. GR Alexander Weprek fragte weiters, ob es so zu verstehen ist, dass die neuen Flächen zu vermieten sind und die alten Flächen kostenlos genutzt werden kön-

nen. Weiters wollte er wissen, ob auch die nicht überdachten Parkplätze vermietet werden. Bürgermeister Alfred Buchberger erläuterte, dass eine Anmietung von Stellflächen den Mietern vorbehalten bleibt. Über die Vermietung der nicht überdachten Flächen wurde noch nicht gesprochen. GR Birgit Wallner erklärte, dass die Parkplätze, welche ohnehin fehlen, auf jeden Fall kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen. Dem stimmte Bürgermeister Alfred Buchberger zu, da bei der Bauverhandlung mehr Parkplätze vorgeschrieben wurden, als derzeit vorhanden sind. GR Paul Mühlbacher meinte, dass die Gemeinde Ennsdorf nicht für die Parkplätze verantwortlich ist. Bürgermeister Alfred Buchberger brachte zur Kenntnis, dass Gf. GR Ing. Thomas Wahl, MBA MPA vor der Sitzung angeregt hat, auch beim Parkplatz bei der Wiener Straße 38 und 38a einen Baurechtsvertrag anzustreben, da es immer zu Problemen kommt. Die Mieter der Wohnhausanlage leiten ein Recht ab, die Parkplätze dauerhaft zu belegen und daher können andere Gemeindebürger keine Fahrzeuge parken. Er teilte weiters mit, dass diese Problematik ebenfalls mit Herrn Baumeister Dipl.Ing. Liebl von „Die Siedlung“ besprochen wird. In dieser Gemeinderatssitzung soll lediglich der Grundsatzbeschluss für die Fläche in der Eulenstraße erfolgen. GR Martin Huber fügte hinzu, dass die Wirtschaftlichkeit und der Nutzen gegeben sind und die Verlängerung des Geh- und Radweges in diesem Bereich unbedingt eingeplant werden muss. Bürgermeister Alfred Buchberger versicherte, dass der Geh- und Radweg eingeplant wird, da dies bereits mit Herrn Niedermayr von der Firma TBV besprochen wurde. Der Weg soll von der Sperlinggasse bis zur Eulenstraße verlängert werden. Diesbezüglich wird auch mit „Die Siedlung“ besprochen, damit ein gemeinsames Angebot eingeholt werden kann. **Bürgermeister Alfred Buchberger stellte den Antrag auf grundsätzliche Zustimmung zum Abschluss eines Baurechtsvertrages mit der Gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft „Die Siedlung“ Amstetten für die Parzelle 1605 zur Schaffung von PKW-Abstellflächen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Zu Pkt.10: Bürgermeister Alfred Buchberger teilte mit, dass in Niederösterreich über die „NÖGIG“ die Möglichkeit besteht, an einem Projekt teilzunehmen, dessen Ziel der **Breitbandausbau durch Glasfaser** ist. Mit dem Thema Glasfaser hat sich auch die Kleinregion beschäftigt und GR Markus Halla wurde als geeignete Person für die Sitzungen entsandt. Im Gemeindegebiet sollen bei allen Grabungsarbeiten Leerverrohrungen für Glasfaser vorgesehen werden. Aus dem Schriftver-

kehr ging hervor, dass die Gemeinde grundsätzlich alle Kosten tragen soll. Die A1 Telekom ist jedoch derzeit einem gewissen Druck ausgesetzt und verstärkt freiwillig ohne Kostenbeteiligung das Netz auf bis zu 100 mbit/s. Für manche ist Glasfaser bestimmt eine Option, jedoch wird Glasfaser für Privathaushalte nicht interessant werden. Bürgermeister Alfred Buchberger bat GR Markus Halla um seine Erläuterungen. GR Markus Halla machte deutlich, dass eine tatsächliche Herstellung von Glasfaserleitungen nicht sichergestellt wurde. Die Gemeinden sollen Leerverrohrungen errichten, die Entscheidung ob Leitungen eingezogen werden liegt jedoch bei A1 Telekom. In der Gemeinde Behamberg wurden bereits Leerverrohrungen verlegt. Die Kosten sind enorm und viel höher als geplant. Er verdeutlichte, dass Glasfaser für Privathaushalte nicht leistbar wird. Bei den Sitzungen wurde gebeten, die GWR-Daten für die Erstellung einer Grobplanung bereitzustellen. Bei der Bereitstellung entstehen keine Kosten für die Gemeinde. Eventuell wird für die Leerverrohrung Material zur Verfügung gestellt, was jedoch nicht sichergestellt ist. Seitens der A1 Telekom gibt es keineswegs Fixzusagen und unter diesen Umständen wird sich das Projekt nicht rechnen. Der kostenlose A1 Telekom-Ausbau aufgrund des großen Drucks ist auch in Windpassing bemerkbar. GR DI Ludwig Riedl meinte, dass Glasfaser in einem privaten Haushalt nicht zielführend ist, da letztendlich der Benutzer auch das richtige Endgerät benötigt. GR Markus Halla ist der Meinung, dass der Ausbau der A1 Telekom-Eigeninitiative völlig ausreichend ist. Bürgermeister Alfred Buchberger erklärte, dass die Formulierung in der vorliegenden Beschreibungen viele Fragen offen lässt und als Partner die NÖGIG angegeben wurde. GR Markus Halla stellte fest, dass das Hauptproblem darin liegen wird, eine von A1 Telekom vorgegebene Anzahl an Beitrittserklärungen im Vorfeld zu erreichen, obwohl dem Endbenutzer keine Tarife genannt werden können. Anhand dieser Anzahl wird geprüft, ob sich die Glasfaserverlegung für die NÖGIG rechnen wird. GR Martin Huber stellte fest, dass Infrastrukturmaßnahmen grundsätzlich Angelegenheit des Bundes sind und allein die A1 Telekom von dem Projekt profitiert. Ein Glasfasernetz ist nur für Firmen interessant, welche große Datenmengen verarbeiten müssen. Im Wirtschaftspark muss keine der Firmen große Datenmengen verarbeiten. Bürgermeister Alfred Buchberger merkte an, dass langfristig gesehen bestimmt einige Firmen einen Glasfaseranschluss nehmen würden, das größte Problem die nicht genannten keine Kosten sind. Umfragen können nur gestartet werden, wenn die monatliche

Belastung genannt wird. Für die Entscheidung gibt es derzeit keinen Zeitdruck von A1 Telekom. GR DI Ludwig Riedl fand, dass es grundsätzlich ein Infrastrukturthema ist und die Kosten die Gemeinde überfordern, da nur die A1 Telekom Einnahmen erhält. GR Markus Halla stimmte dem zu. GR DI Ludwig Riedl erkundigte sich, ob die Gemeinde auch für die Kabeleinziehung zuständig ist, was Bürgermeister Alfred Buchberger verneinte, da dies die NÖGIG herstellt. GR DI Ludwig Riedl konnte aus der Beschreibung keine Zuständigkeit ableiten. Bürgermeister Alfred Buchberger machte klar, dass das Unterbrechen der Leerverrohungen kein Ergebnis bringt und sich für die Verwirklichung alle Gemeinden beteiligen müssten. GR DI Ludwig Riedl merkte an, dass sich auch Technologien weiterentwickeln und verändern. Deshalb vermutete er, dass die A1 Telekom eher einen zusätzlichen Sender aufstellen würde, als Glasfaser auszubauen. Bürgermeister Alfred Buchberger machte klar, dass die Angelegenheit lediglich als Berichtspunkt auf der Tagesordnung stand und bei dieser Sitzung kein Beschluss fallen soll. Das Thema Glasfaser wurde an den Infrastrukturausschuss verwiesen, da im Ausschuss der Gegenstand mit Frau Frau Weichinger von Kleinregion besprochen werden kann. Gf. GR Daniel Lachmayr befürwortete es, das Thema in der Ausschusssitzung zu behandeln. **Da der Gemeinderat nicht bereit war einen Beschluss zu fällen, wurde der Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis genommen und die Angelegenheit an den Infrastrukturausschuss übergeben.**

Zu Pkt.11: Bürgermeister Alfred Buchberger berichtete, dass für die **Erstellung einer FTTB/H Grobplanung die Bereitstellung von GWR-Daten** notwendig wäre. **Da der Gemeinderat nicht bereit war einen Beschluss zu fällen, wurde der Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis genommen und die Angelegenheit an den Infrastrukturausschuss übergeben.**

GR Ulrike Wieder fand es außergewöhnlich, dass verlangt wird die Daten bereitzustellen, da dies aus Datenschutzgründen nicht so selbstverständlich ist. Bürgermeister Alfred Buchberger legte dar, dass nur allgemeine Daten, wie Straßenverzeichnis oder Grundstücksnummern erforderlich sind und keine Personendaten angefordert wurden.

Zu Pkt.12: Bürgermeister Alfred Buchberger berichtete über das geplante **interkommunale Betriebsgebiet der Firma Ecoplus beim OMV Gelände** in St. Valentin. Über dieses Thema wurde bereits in diversen Medien berichtet. Es gab verschiedene Vorgespräche mit den Westwinkelgemeinden, da eine Beteiligung an dem Projekt

möglich ist. Die OMV plant die Veräußerung des Grunds links vom Tanklager inkl. der Waldfläche. Die Gesamtfläche beläuft sich auf 48ha, ist ein entwicklungswürdiges Gebiet und es soll verschiedenen Ausbaustufen geben, welche mittels Plan geschildert wurden. Die Bauabschnitte 1 und 2 betreffen die Stadt St. Valentin. Ennsdorf ist gegenüber der Ein-/Ausfahrt Ennsdorf bei der Umfahrung betroffen. Die externe Infrastruktur weist ein Kostenvolumen von 1,8 Millionen Euro auf. Die einbezogenen Gemeinden können frei festlegen, ob und in welcher Höhe es eine Beteiligung geben soll. Pro Prozent ist mit € 18.000,- zu rechnen. Die Beteiligung wird prozentuell von der Kommunalsteuer zurückgeführt. In den Vorgesprächen zeigte keine der Gemeinden Abneigungen an der Beteiligung. Für die Einhebung der Kommunalsteuer ist die Stadt St. Valentin verantwortlich, weshalb ein Sockelbetrag in St. Valentin verbleiben soll. Weiters hat das geplante Betriebsgebiet einen positiven Nebeneffekt, da dadurch eventuell die Erschließung für das Betriebsgebiet Hödlmayr geklärt werden könnte. Bürgermeister Alfred Buchberger erläuterte die Problematik der Erschließung anhand eines Plans. Auf Anfrage von GR DI Ludwig Riedl erklärte Bürgermeister Alfred Buchberger, dass es sich bei dem Weg parallel zu den Gleisen bei der JET Tankstelle um öffentliches Gut handelt und Enteignungsverfahren grundsätzlich schwierig sind. Das geplante interkommunale Betriebsgebiet könnte die Anschließung über dieses Gebiet ermöglichen und gleichzeitig die problematische Erschließung in Windpassing vermeiden. Dadurch ist das geplante Projekt auch für Ennsdorf interessant. Seitens der Firma Hödlmayr wären diverse Punkte noch mit der ÖBB abzuklären. Dieser Meinung vertritt auch Gf. GR Daniel Lachmayr. Ennsdorf ist aufgrund des Projektes auch als Standortgemeinde anzusehen. Demnächst soll es weiterführende Gespräche geben, unter anderem auch mit Bürgermeisterin Mag. Kerstin Suchan-Mayr. GR Martin Huber meinte, dass es nicht sichergestellt ist, dass die Firma Ecoplus das Projekt betreibt. Bürgermeister Alfred Buchberger machte jedoch klar, dass die Ecoplus primär vorgesehen ist und die Verhandlungen schon weit vorgeschritten sind. GR Martin Huber erkundigte sich nach dem Umsetzungszeitraum und Bürgermeister Alfred Buchberger erklärte, dass der Abschluss der Verfahren noch heuer angestrebt wird. Betreffend Ersatzaufforstung hat GR Martin Huber Bedenken, dass die Ersatzaufforstung ein Problem werden könnte. GR DI Ludwig Riedl erkundigte wo die Ersatzaufforstung stattfinden soll und Gf. GR Ing. Thomas Wahl, MBA MPA erklärte, dass im Gemeindegebiet

aufgeforstet werden muss. Dem stimmte GR Martin Huber zu. Bürgermeister Alfred Buchberger machte nochmals deutlich, dass durch dieses Projekt die Erschließung des Betriebsgebiet Hödlmayr realisiert werden könnte. Für die Beteiligung am interkommunalen Betriebsansiedlungsprojekt ist die Erschließung eine klare Bedingung der Gemeinde Ennsdorf. DI Ludwig Riedl berichtete, dass es eine Kontaktaufnahme seitens der Remser Bürgerinitiative gab. Beim damaligen Grundverkauf an die OMV waren alle Eigentümer einverstanden, da der Grund sehr teuer abgelöst wurde. Diese ehemaligen Eigentümer sind nun gegen das geplante interkommunale Projekt, wobei das Projekt dennoch verwirklicht wird. Sollte sich die EcoPlus wider Erwarten zurückziehen, würde die OMV den Grund trotzdem verkaufen. GR DI Ludwig Riedl hat dazu geraten, sich beim Projekt einzubringen und nicht dagegen zu wehren. Gf. GR Monika Primetshofer erkundigte sich nach den Bedenken und Bürgermeister Alfred Buchberger legte dar, dass starker Lärm und Verkehr befürchtet wird. GR DI Ludwig Riedl wies darauf hin, dass er weiterhin mit der Bürgerinitiative in Kontakt bleiben wird. GR Martin Huber äußerte, dass die Rückführung der Beteiligung in Form von Kommunalsteuer lange Zeit in Anspruch nehmen kann. Bürgermeister Alfred Buchberger stimmte grundsätzlich zu, jedoch ist anzunehmen, dass eine rasche Besiedlung erfolgen wird. Mitte/Ende März gibt es weiterführende Gespräche. Bei dieser Gemeinderatssitzung soll kein Beschluss fallen. GR Martin Huber erkundigte sich, ob die Aufteilung nur nach Prozente oder auch nach Gemeindegröße erfolgt. Bürgermeister Alfred Buchberger erklärte, dass die Aufteilung der Kommunalsteuer nur nach Prozenten erfolgt. Dass Ennsdorf zu einem kleinen Teil auch Standortgemeinde ist, muss noch besprochen werden. Bürgermeister Alfred Buchberger wird in einer nächsten Gemeinderatssitzung darüber informieren. **Der Bericht des Bürgermeisters wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Zu Pkt.13: Bürgermeister Alfred Buchberger berichtete über die geplante **Errichtung eines Waldkindergartens** in Ennsdorf. Das Projekt wurde von einer Ennsdorfer Bürgerin gestartet. In Österreich gibt es bereits Waldkindergärten und in Leonding/Wilhering ist die Ennsdorferin beschäftigt. Zusammengefasst sind die Kinder von früh bis Mittag bei jeder Witterung im Wald. Diesbezüglich wurde bereits mit dem Land NÖ Kontakt aufgenommen. Mit den Kindergartenpädagoginnen unserer Kinderbetreuungseinrichtungen wurden ebenfalls Gespräche geführt. Das Projekt ist mit einem Privatkindergarten vergleichbar. Es muss ein sozialer Raum zur

Verfügung stehen, der binnen 10 Minuten erreichbar ist. Kostenträger hierfür wäre die Gemeinde. Die mobile Raumlösung wurde von der Firma Containex mit € 50.000,- bis € 55.000,- angeboten, ist jedoch sehr kostspielig und eine Folgenutzung ist unklar. Bürgermeister Alfred Buchberger teilte mit, dass Dietmar Kern eventuell einen Kontakt zu gebrauchten Containern herstellen kann. Für das Projekt wurde ein Aufruf (Facebook, Rundschau) gestartet und beim nächsten Termin werden die Voranmeldungen besprochen. Derzeit ist die Auslastung in unserem Kindergarten ideal und es müssen keine Kinder abgelehnt werden. Das Projekt Waldkindergarten wäre daher ein Zusatzangebot für Ennsdorf. Es können Kinder aus Region angemeldet werden und es sind mit Unkosten von € 250,- bis € 300,-/Monat für die Eltern zu rechnen. Gf. GR Monika Primetshofer fügte hinzu, dass es sich um einen einkommensabhängigen Tarif handelt und GR DI Ludwig Riedl erkundigte sich, ob es sich nur um eine halbtägige Betreuung handelt. Gf. GR Monika Primetshofer klärte auf, dass die Nachmittagsbetreuung im öffentlichen Kindergarten nicht genutzt werden kann und es daher eine halbtägige Betreuung ist. Bürgermeister Alfred Buchberger stimmte zu und fügte an, dass es auch keine Mittagsverpflegung gibt. GR Paul Mühlbachler erkundigte sich, ob ein Konzept oder Businessplan vorliegt. Bürgermeister Alfred Buchberger erklärte, dass man bei Kinderbetreuungen zwischen Kindergarten und Tagesbetreuungseinrichtung unterscheiden muss. Das Kinderhaus ist eine Tagesbetreuungseinrichtung und der Kinderwald wäre ebenfalls als solche anzusehen, da das Land keine zusätzliche Kindergartengruppe genehmigen wird. Gf. GR Monika Primetshofer erkundigte sich nach dem Lehrauftrag, der im letzten Kindergartenjahr vor Schulbeginn besteht. GR DI Ludwig Riedl und GR Martin Huber teilten ebenfalls mit, dass es Vorgaben gibt, die im letzten Kindergartenjahr zu erfüllen sind. Bürgermeister Alfred Buchberger bedankte sich für die Anregung und wird es beim nächsten Termin abklären. GR Martin Huber steht dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüber, jedoch ist der geplante Beginn im Herbst zu früh. Es müssen etliche Fragen abgeklärt werden, ob es forsttechnische Schwierigkeiten gibt und ob es sich auf immer demselben Platz befinden muss. Bürgermeister Alfred Buchberger teilte mit, dass es sich um die Fläche handeln wird, die von Gf. GR Ing. Thomas Wahl, MBA MPA für den Kinderwald gepachtet wurde. Gf. GR Ing. Thomas Wahl, MBA MPA teilte mit, dass bisher nur technische Angelegenheiten, wie z.B. Versicherungen, Haftungen usw., besprochen wurden. GR DI Ludwig Riedl er-

kündigte sich, ob das Projekt Probleme bringen könnte und Gf. GR Ing. Thomas Wahl, MBA MPA versicherte, dass das Projekt ohne Probleme möglich ist. Bürgermeister Alfred Buchberger stimmte zu und betonte, dass es auch in anderen Gemeinden Waldkindergärten gibt. GR DI Ludwig Riedl fand das Angebot prinzipiell interessant, jedoch bestehen Bedenken für das letzte Kindergartenjahr und es ist eine reine Vormittagsbetreuung. GR Alexander Weprek fand die Idee ebenfalls grundsätzlich gut, jedoch sollen vor einer Entscheidung die gesamten Zahlen und Fakten auf dem Tisch liegen. Bürgermeister Alfred Buchberger hoffte, dass es beim neuerlichen Termin konkretere Informationen gibt. Ein Start im September ist jedoch auch für ihn undenkbar, da diverse Anschlüsse notwendig sind. GR Peter Bugram stellte fest, dass auch die Ausstattung vor Beginn fertig sein muss. Gf. GR Monika Primetshofer gefällt das Projekt grundlegend. Jedoch ist es nicht in Ordnung, die gesamte Bevölkerung mit den Kosten zu belasten, wenn es möglicherweise großteils auswärtige Kinder sind. GR Martin Huber meinte, dass es sich wenige Eltern leisten können und es deshalb mit vielen auswärtigen Kindern zu rechnen ist. Bürgermeister Alfred Buchberger teilte mit, dass der Personalkostenzuschuss früher auf alle Gemeinden aufgeteilt wurde. Aufgrund einer Gesetzesänderung muss die Standortgemeinde für die Kosten aufkommen. Bürgermeister Alfred Buchberger schlug vor, das Thema an den Ausschuss für Familie und Soziales zu verweisen, da viele Punkte ungeklärt sind. Weiters soll kein Druck für den Beginn im Herbst ausgeübt werden. Gf. GR Monika Primetshofer fügte an, dass die Kinder zu Beginn des Projekts dauerhaft krank sind, jedoch die Eltern das Konzept später lieben werden. Bürgermeister Alfred Buchberger fasste zusammen, dass es vom Gemeinderat grundsätzlich positive Rückmeldungen gab, jedoch das letzte Kindergartenjahr noch abgeklärt werden muss. **Der Bericht des Bürgermeisters wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.**

Danach schloss Bürgermeister Buchberger um 21.10 Uhr die öffentliche 5. Sitzung des Gemeinderates von Ennsdorf und bedankte sich für die konstruktive Zusammenarbeit.

Die Niederschrift besteht aus 14 (vierzehn) Seiten.

g.g.g.

Die Gemeinderäte:

Der Protokollverfasser:

Der Bürgermeister: